

Menschenrechte / UN-Intervention

Keine Einmischung trotz Völkermords?

Plädoyer für eine abgewogene Politik der Intervention

Seit dem zweiten Golfkrieg, spätestens aber seit der Eskalation des Krieges in Bosnien wird in der deutschen Linken eine zugespitzte Debatte über die Frage geführt, ob internationale Militärinterventionen in bestimmten Ausnahmefällen gerechtfertigt und notwendig sind. Überlagert wird diese Debatte von den aktuellen Bemühungen der Regierung, die Möglichkeit der Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen außerhalb des NATO-Gebiets politisch durchzusetzen. Dementsprechend wird die Debatte vorwiegend innenpolitisch geführt und geht daher meist am eigentlichen Thema vorbei.

In der Tat hat der Krieg in Bosnien manche Grundprämisse europäischer Politik in Frage gestellt. Wie man es dreht und wendet: die bosnischen Moslems werden faktisch zu den Palästinensern Europas gemacht - in erster Linie von denjenigen, die gegenwärtig "Groß-Serbien" realisieren. Während es in Bosnien wohl zu spät ist, kann im Kosovo das Schlimmste noch verhindert werden, wenn dem serbischen Regime *glaubhaft* angedroht wird, daß es bei einer Fortsetzung der »ethnischen Säuberungen« mit spürbaren Bombardierungen seiner Kriegsmaschinerie auch in Serbien selbst zu rechnen hat und dann eine dem irakischen Kurdistan vergleichbare UN-Schutzzone im Kosovo eingerichtet werden wird. In Bosnien hätten *glaubwürdige* Drohungen mit militärischen Aktionen gegen Serbien am Anfang des Krieges, im Frühjahr 1992, noch viel bewirken können. Stattdessen hat der Westen (bzw. die ÜNO, aber das macht in diesem Fall keinen großen Unterschied) dagegen immer nur eines unzweideutig signalisiert: das militärisch klar überlegene Serbien wird faktisch nicht daran gehindert, einen militärischen Sieg zu erreichen. Westliches Nichtstun wird zur Beihilfe zum Völkermord. Daß Kriegsverbrechen von allen Seiten begangen werden, steht außer Frage. Das besagt jedoch genausowenig wie die Tatsache, daß auch im 2. Weltkrieg die Alliierten ebenfalls Kriegsverbrechen begangen haben.

Militärische Interventionen werden in aller Regel nicht aus humanitären Gründen begonnen, etwa weil ein Regime massiv und systematisch die Menschenrechte verletzt, Völkermord begeht oder Nachbarstaaten ganz oder teilweise besetzt. Der Völkermord an den Kurden durch das irakische Regime, die Besetzung und Kolonisierung Nordzyperns durch die Türkei oder Palästinas und Südlibanons durch Israel oder Namibias durch Südafrika waren bzw. sind realpolitisch allesamt für sich keine Gründe für Interventionen, häufig noch nicht einmal für ernstzunehmende Sanktionen gewesen. Selbst die Massenvergasung von Juden durch Nazi-Deutschland war dies nicht. Auch der Massenmord durch das Pol Pot-Regime dürfte kaum der ausschlaggebende Grund für Vietnams Invasion gewesen sein, sondern Pol Pots zunehmend aggressive Politik gegen Vietnam, und Tansania dürfte Idi Amins Regime wohl eher aus eigenem Interesse per Invasion beseitigt haben. Aber auch wenn die Niederschlagung der Nazis, des Khmer-Rouge-Regimes oder Idi Amins nicht aus uneigennütigen Gründen erfolgte - falsch waren sie deshalb noch lange nicht, sondern in jeder Hinsicht zu begrüßen.

Die *Motivlage* der Invasoren mag dieselbe sein, im *Ergebnis* unterscheiden sich diese Fälle von direkten oder indirekten Militärinterventionen in offenem Bruch des Völkerrechts oder zur Machterhaltung bzw. Wieder-Installation staatsterroristischer Regime, wie sie ständig von den Großmächten selbst praktiziert werden, wenn dies in ihrem »nationalen Interesse« ist - beispielsweise die ständigen US-Interventionen in Lateinamerika, Indochina, Libyen, Kongo usw. oder die diversen französischen Kolonialkriege. Größtes Mißtrauen ist daher angesagt, wenn Regierungen sich ernsthaft an Militärinterventionen machen. Im Falle Bosniens wird zwar viel von einer militärischen Intervention geredet, aber sie wird von keiner Großmacht ernsthaft erwogen. Eigentlich ist dem Rest der Welt das Schicksal der bosnischen Bevölkerung ziemlich egal.

Nicht täglich -
aber gründlich



blätter
des iz3w

Themenschwerpunkte
der letzten Hefte:

Nr. 190: Menschenrechte
Nr. 191: Flucht/Migration/Asyl
Nr. 192: Militärinterventionen

8 mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,-

Bezug:

Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 79020 Freiburg

- Bitte schickt mir Eure Materialliste
Ich bestelle die **blätter des iz3w**
(acht Ausgaben/Jahr)
- Im Abonnement
- als unverb. Probeabo von drei
Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
- in bar
- per Scheck

Name _____

Straße/Hausnummer _____

Postleitzahl/Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer
Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift _____

Lehnt man jedoch militärische Interventionen grundsätzlich deshalb ab, weil sie in aller Regel den Interessen der imperialistischen Großmächte dienen, muß man auch erklären, warum man von denselben Mächten die Verhängung von allerlei nicht-militärischen Sanktionen verlangt, auch wenn dies genausowenig in deren Interesse liegt. Nichtmilitärische Sanktionen sind *eine* Möglichkeit, in Konflikte einzugreifen. Doch was soll getan werden, wenn Aggressoren durch

nichtmilitärische Sanktionen nicht zur Änderung ihrer Politik gezwungen werden können – was im übrigen eher die Regel als die Ausnahme ist?

Es ist leider nicht zu leugnen, daß die Alternative zu einer verschärften Form von Gewaltanwendung gegen den Aggressor dann nur in einer Hinnahme internationalen Faustrechts besteht. Die Tatsache, daß Staaten oder Ethnien, die Opfer einer Aggression werden, dann keinen internationalen Schutz beanspruchen können, verweist diese auf Selbstverteidigung und ermutigt gleichzeitig potentielle Aggressoren – letztlich eine Bestätigung des Faustrechts. Wer ernsthaft und ehrlich vertritt, daß militärische Gewalt kein Mittel der Politik mehr sein darf, kommt nicht um die Tatsache herum, daß in Bosnien derzeit exakt das Gegenteil bewiesen wird. Militärische Aggression, selbst »ethnische Säuberung« und Völkermord werden hingenommen und zahlen sich aus, solange die Opfer schwächer sind und auf keine mächtigen Verbündeten zählen können. Nur wer großwahnsinnig wird und die Großmächte herausfordert, muß damit rechnen, zur Rechenschaft gezogen zu werden.

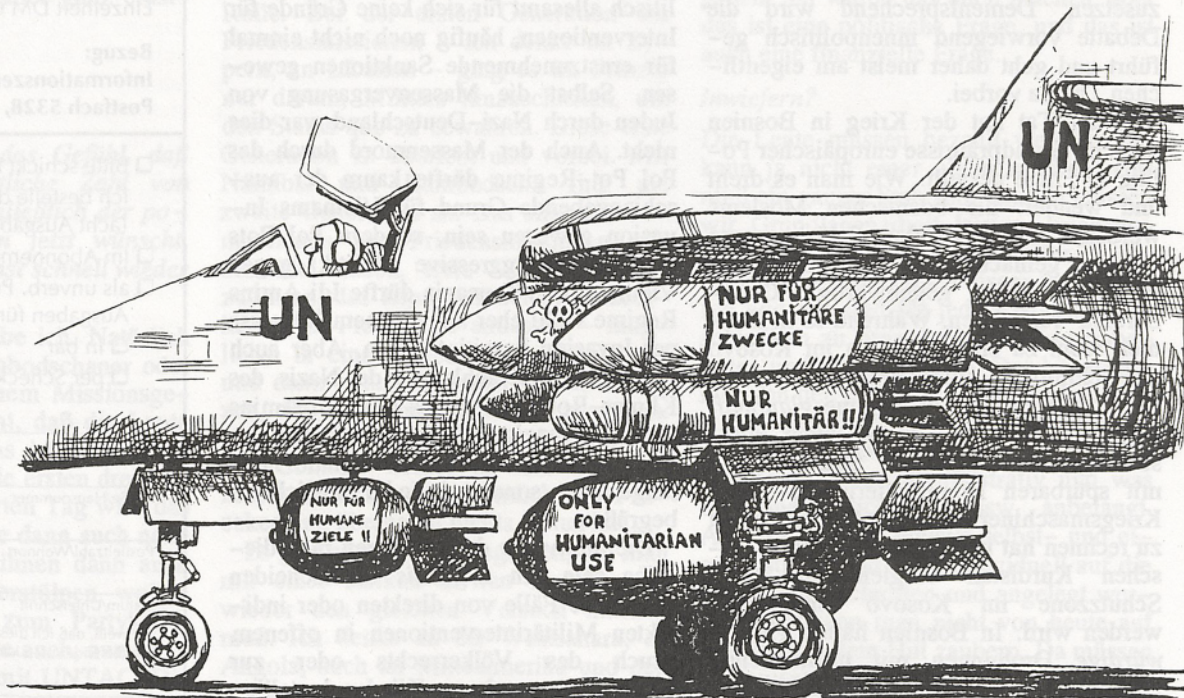
Natürlich kann man einwenden, daß über Bosnien ähnlich schlimme Verbrechen wie in Osttimor oder Burma usw. nicht vergessen werden dürfen. Also überall intervenieren? Der Skandal liegt darin, daß gegen Indonesien oder Burma bisher keine oder kaum Sanktionen verhängt wurden. Indonesien etwa dürfte sicherlich einen Weg finden, ohne Gesichtsverlust Osttimor wie eine heiße Kartoffel fallenzulassen, wenn schon harte Sanktionen real drohen. Doch bereits bei Sanktionen haben wir es mit politischen Kraftproben zu tun. Eine gleichzeitige Verhängung umfassender Sanktionen wegen Osttimor gegen Indonesien, wegen des burmesischen Regimes gegen Burma und seine Geschäftspartner Thailand und Singapur, wegen Tibet gegen China usw. ist realpolitisch nicht durchsetzbar, weil damit gegen die halbe Welt gleichzeitig Sanktionen verhängt werden müßten. Weil man nicht alles gleichzeitig tun kann, braucht man aber nicht gar nichts tun.

Eine internationale Militärintervention zur Verhinderung von Völkermord, zur

Aufrechterhaltung völkerrechtlicher Normen und Zurückdrängung von Aggressoren, wie sie in Bosnien geboten werden, kann also nur letztes Mittel sein, braucht aber auch nicht auf den St. Nimmerleinstag zu warten, an dem die UNO gründlich demokratisiert ist. Faktisch reicht es, wenn die USA, Westeuropa und Japan eine solche Intervention wollen und bereit sind, sie durchzuführen bzw. zu bezahlen und das betreffende Regime keine oder kaum Verbündete hat. Hinter welchem strukturellen UNO-Mäntelchen diese machtpolitische Realität kaschiert wird, ist zweitrangig, erst recht für die bosnischen Muslime.

Ob dabei die nicht gerade kampferprobte Bundeswehr mit von der Partie ist oder nicht, ist für den Erfolg oder Mißerfolg einer solchen Intervention jedenfalls völlig unwesentlich. Wenn die BRD unbedingt »internationale Verantwortung« übernehmen will und sich das was kosten lassen will, sollte sie als erstes Industrieland auf Rüstungsexporte und Geschäfte mit Regimes à la Burma, Indonesien, Iran usw. verzichten und dies auch von anderen einfordern. Das ist viel wichtiger als Bundeswehreinätze, weil Katastrophen-Prävention immer besser

interveniert wie gegen wen? Niemand soll sich darüber hinwegtäuschen, daß Interventionen im »nationalen« Interesse der Großmächte weiterhin eher die Regel sein werden als humanitär gebotene, aber potentiell schwierige und teure Interventionen gegen Aggressoren, an denen keine Großmacht ein direktes Eigeninteresse hat. Deswegen aber das Thema für zu heiß zu erklären und lieber darauf zu bestehen, daß das Recht der Stärkeren gegebenenfalls auch durchgesetzt werden kann, heißt das Kind mit dem Bade auszuschütten. Eine progressive kritische Öffentlichkeit wird auch weiterhin auf die Straße gehen müssen, wenn etwa die USA Cuba oder Libyen überfallen sollten, ohne deswegen darauf zu verzichten, die Forderung zu erheben, daß Völkermord auch militärisch unterbunden werden muß – egal ob das innerhalb eines Staates durch ein zu allem entschlossenes Regime oder durch einen Nachbarstaat geschieht. Es darf kein souveränes Recht der Staaten auf systematische Menschenrechtsverletzungen und Völkermord geben. Staatliche Souveränität ist kein Wert an sich – sie kann von Völkern der Dritten Welt in emanzipatorischem Sinn genauso in Anspruch



aus: Die Zeit Nr. 34/93 v. 20.8.1993

ist, als erst aufzutauchen, wenn es zu spät ist. Von der Opposition ist daher zu fordern, daß sie der Bundesregierung jedwede Verfassungsänderung solange verweigert, wie deren Politik an den Ursachen künftiger Interventionsfälle außerhalb Europas weiter mitwirkt, statt daß sie unisono der verfehlten Logik der Regierung versichert, Blauhelme auch zu wollen und Kampfeinsätze vielleicht nicht oder nur mit Zweidrittelmehrheit.

Es ist absurd und naiv, Interventionen prinzipiell abzulehnen. Die Frage ist: wer

genommen werden wie von blutrünstigen Diktaturen. Wir sollten dementsprechend im konkreten Falle entscheiden, wie wir uns dazu stellen.

Jürgen Maier

Der Verfasser war 1987–1991 im Bundesvorstand der Grünen für Internationales zuständig und ist z.Zt. Koordinator des Arbeitskreises Asienhaus und Geschäftsführer der Asienstiftung.